

Cristóbal Kay

Der Agrarsektor

Das Thema der Agrarwirtschaft in Chile ist von den problematischen Auswirkungen gekennzeichnet, die die Integration in den Weltmarkt für die traditionelle Landwirtschaft mit sich bringt. Besonders den Kleinbauern fällt es schwer, wettbewerbsfähig zu bleiben, und die Arbeitsbedingungen für Landarbeiter sind prekär. Auch wenn im Laufe des vergangenen Jahrzehnts die Armut vermindert werden konnte, lebt nach wie vor fast ein Drittel der Landbevölkerung in ärmlichen Verhältnissen. Die Agrarfrage in Chile kann nicht allein durch die Kräfte des Marktes gelöst werden, wie die neoliberalen Politiker gerne verkünden, sondern verlangt nach vernünftigen Eingriffen des demokratischen Staates zur Förderung von Partizipation, Gleichheit und Umweltschutz, sodass eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann.

1. Die Landwirtschaft in der Zeit der Orientierung nach außen (1850-1930)

Die chilenische Wirtschaft orientierte sich in dieser Zeit in erster Linie am Export, der sich vor allem auf die Salpeter- und später auch Kupfer-Exportenklaven konzentrierte, die sich größtenteils in ausländischer Hand befanden. Dieses Entwicklungsmuster wurde durch die Freihandelspolitik der damaligen Regierungen noch zusätzlich unterstützt. Der Bergbaubereich sorgte praktisch für den gesamten Warenaustausch Chiles mit dem Ausland und war in den Jahren von 1907 bis 1930 für 20% des Einkommens des Landes verantwortlich, mehr als die Landwirtschaft sowie der Industrie- und Dienstleistungssektor mit 14% bzw. 16% (Mamalakis 1976).

Das politische System wurde in dieser Zeit von der Ländoligarchie beherrscht, die über ihren Großgrundbesitz (*latifundios*, *haciendas* oder *fundos*) den Großteil des Landes und seiner Bevölkerung kontrollierten. Die mit der Bergbau- und Handelsbourgeoisie verbündeten Großgrundbesitzer führten ein oligarchisches Herrschaftssystem ein, das die restlichen Gruppen der Gesellschaft von der Politik ausschloss. Dieses oligarchische Herrschaftssystem wirkte sich einschränkend auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes aus, denn es verhinderte sowohl die Modernisierung der Landwirtschaft als auch die Industrialisierung. Gleichwohl produzierte die Landwirtschaft in

dieser Zeit einen großen Überschuss an vermarktbareren Produkten und leistete somit einen beachtenswerten Beitrag zum Außenhandel. Darüber hinaus war die Landwirtschaft eine reiche Quelle an billigen Arbeitskräften für die anderen Bereiche der Wirtschaft. Der Weizenexport vervierfachte sich von 1850 bis 1875 und erreichte 1860 mit 17% den Spitzenwert seines Anteils an den Außenhandelseinnahmen. Dieser Zuwachs wurde jedoch weniger durch technologische Neuerungen als vielmehr durch den Ausbau der Anbaufläche und die Verpflichtung von mehr Landarbeitern erreicht (Bauer 1975).

Die positiven Exportmöglichkeiten in dieser Zeit bewirkten einen Anstieg der Ungleichheit in den ländlichen Gebieten und stärkten das System des Großgrundbesitzes. In diesem Zusammenhang muss jedoch auf einen Unterschied zwischen der traditionellen Landwirtschaft der Zentralregion Chiles und der neuen Landwirtschaft in der Region des Südens hingewiesen werden. Letztere wurde in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts für den Anbau erschlossen, in einer Zeit, in der modernere Formen der Landwirtschaftsbetriebe entstanden. In den Jahren, bevor die Konkurrenz für den chilenischen Weizenexport auf dem internationalen Markt größer wurde, produzierte der Großgrundbesitz der Zentralregion 88% des gesamten Weizenenertrags. Bis 1908 fiel dieser Prozentsatz auf nur noch 51%, während der Anteil der südlichen Region von 1880 bis 1908 von 5 auf 47% anstieg. Schon zur Jahrhundertwende kam fast der gesamte Exportweizen aus dem Süden, während die Zentralregion ihre Aufmerksamkeit auf den wachsenden Inlandmarkt verlegte, der aufgrund des Salpeterbooms rasch größer wurde. Während noch 1870 nur 28% der Bevölkerung in den Städten lebte, waren es 1900 schon 46% (Hurtado 1966).

Die Großgrundbesitzer der Zentralregion wählten sicherlich die leichteste Alternative. Anstatt dem internationalen Wettbewerb mit Investitionen und Veränderung der technischen und sozialen Produktionsbedingungen zu begegnen, nutzten sie einfach ihre politischen und standortbedingten Vorteile, um ihr Einkommen zu sichern. Das fruchtbarere Land, das vorteilhaftere Klima und die niedrigeren Transportkosten führten dazu, dass die Weizenbarone der Zentralregion höhere Gewinne erzielten als die Produzenten aus dem Süden, aber diese waren aufgrund ihrer größeren Fähigkeiten als Unternehmer und einer flexibleren Agrarstruktur dennoch konkurrenzfähig. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass reichhaltige Arbeitskraft- und Bodenreserven dazu führten, dass die Landwirtschaftsproduktion stark steigen konnte, ohne das traditionelle System des Großgrundbesitzes zu modernisieren.

2. Die Landwirtschaft in der Zeit der Importsubstitution (1930-1964)

Die Einführung von künstlichen Herstellungsmethoden für Salpeter in den Industrieländern stürzte den chilenischen Produktionsbereich in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts in eine schwere Krise, woraufhin Salpeter durch Kupfer als Hauptexportprodukt verdrängt wurde. Der Verfall der Salpeterindustrie führte zu einem Einbruch bei den Staatseinnahmen, was wiederum eine allgemeine Krise der chilenischen Wirtschaft und letztendlich eine politische Krise zur Folge hatte. Das oligarchische Herrschaftssystem fand ein Ende und wurde durch eine Reihe von autoritären populistischen Regierungen ziviler und militärischer Zusammensetzung abgelöst.

Die weltweite Depression der dreißiger Jahre traf die am Export orientierte chilenische Wirtschaft schwer und führte zu ihrer Umstrukturierung. Der Einbruch bei den Exporteinnahmen und die daraus resultierende Knappheit an Importkapazitäten diente der Förderung des nationalen Industriesektors, der sich schnell zum dynamischsten Bereich der chilenischen Wirtschaft mausern sollte. Ab Ende der dreißiger Jahre entschied sich der Staat dazu, diesen Industrialisierungsprozess aktiv zu unterstützen, indem er protektionistische Handelsschranken einführte oder verstärkte, die Infrastruktur verbesserte und finanzielle Ressourcen in die Industrie pumpte. Auf diese Weise wurde der Staat zum Hauptförderer des Prozesses der "Importsubstitutionsindustrialisierung" (ISI) und einer nach innen gerichteten Entwicklungspolitik, die sich am Binnenmarkt orientierte. Diese Politik führte zum Anstieg der Staatsausgaben, die bis 1964 auf etwa 40% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kletterten. Der Staat finanzierte etwa die Hälfte aller Investitionen. Die industrielle Produktion wuchs zwischen 1937 und 1964 jährlich um etwa 5,1% und die Industrie war für 25% des BIPs verantwortlich (Muñoz 1971: 38). Die ISI-Strategie spiegelt die Herrschaftsposition wider, die sich die Industriebourgeoisie innerhalb der Machtkoalition erkämpft hatte und durch Allianzen mit Teilen der Mittel- oder zeitweilig auch der Arbeiterschicht verteidigte.

Der Agrarsektor hatte zunehmend größere Schwierigkeiten, den Lebensmittelbedarf der ständig wachsenden Städte zu befriedigen. Die Landwirtschaftsproduktion wuchs von 1930 bis 1964 jährlich um nur 1,8%, während die Bevölkerungszahl um 2,2% pro Jahr anstieg und ihr Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten jedes Jahr um durchschnittlich mehr als 3% zunahm. In den dreißiger Jahren waren die Landwirtschaftsexporte noch immer höher als die Importe, aber aufgrund des immer größer werdenden Gefälles zwischen Inlandsproduktion und -nachfrage verschlechterte sich die Handels-

bilanz ständig. 1964 machten die Einfuhrkosten von Landwirtschaftsprodukten bereits ein Fünftel der gesamten Exporteinnahmen aus. Die niedrige Wachstumsrate der Landwirtschaft wirkte sich auch auf ihren Beitrag zum BIP aus, der von 15% im Jahr 1930 auf nur noch 10% 1964 zurückging. Nach wie vor jedoch stellte der Agrarsektor billige Arbeitskräfte für die anderen Wirtschaftsbereiche zur Verfügung, wodurch die Löhne auf einem niedrigen Niveau blieben und der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte in der selben Zeit von 35% auf nur noch 20% fiel (Kay 1977).

Der extrem ungerecht verteilte Grundbesitz und der Wechsel zu einer ISI-Politik sind die beiden Hauptgründe für das Versagen der Landwirtschaft in Chile. Die Ungerechtigkeit der Landverteilung lässt sich durch Zahlen belegen: Während 1955 Kleinstbauern (*minifundistas*) 37% der Höfe besaßen, aber nur 1% des gesamten Anbaulandes, verfügten die Großgrundbesitzer über 7% der Höfe und 65% des anbaufähigen Bodens (CIDA 1966: 42). Diese außergewöhnlich ungleiche Agrarstruktur brachte einen Mangel an Wettbewerbsfähigkeit vor allem auf den Land- und Kapitalmärkten und eine unwirksame Verteilung der Ressourcen mit sich. Während die Kleinstbauern einen Überschuss an Arbeitskraft zur Verfügung hatten, aber zu wenig Land, traf für die Großgrundbesitzer das Gegenteil zu. Mit anderen Worten ist die Landproduktivität bei den Kleinstbauern hoch und die Arbeitsproduktivität niedrig, während auf den *latifundios* das Gegenteil der Fall ist. Um diesen Missstand auszugleichen, hielten Fachleute in zunehmendem Maße die Agrarreform für eine notwendige Voraussetzung zum Erreichen zufriedenstellender langfristiger Wachstumsraten im Agrarbereich und einer Verbesserung des Lebensstandards der Bauern.

Trotz der schwachen Leistungen der Landwirtschaft hat es der Großgrundbesitz seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts geschafft, bedeutende Veränderungen durchzuführen. Hochwertigere Anbauprodukte für intensiven Anbau und industrielle Verarbeitung, wie z.B. Mais, Tabak und Zuckerrüben, wurden eingeführt. Dazu kam die annähernde Verdoppelung des Anbaugebiets für Obst in den Jahren von 1930 bis 1964 sowie die zunehmende Verwendung von Düngemitteln, Pestiziden und Insektiziden. Das bedeutet, dass fast der gesamte Zuwachs an landwirtschaftlicher Produktion in diesen Jahren durch eine gesteigerte Produktivität erreicht wurde. Diese Steigerung bezüglich der Produktivität bedeutete aber gleichzeitig, dass das System der *inquilinaje* (Heuerlingssystem) unrentabel wurde im Vergleich zur entlohten Landarbeit. Die Großgrundbesitzer gingen deshalb immer

mehr zur Lohnarbeit über und modernisierten ihre Betriebe, indem sie die technischen und sozialen Produktionsbedingungen veränderten (Kay 1977).

Bezüglich der Auswirkungen des Wechsels zur ISI auf die Landwirtschaft ist allgemein die Meinung verbreitet, dass die Preispolitik, die Entwicklung des Verhältnisses der Exportpreise zu den Importpreisen, die Außenhandelspolitik, die Steuerpolitik, die Kreditbedingungen und die öffentlichen Investitionen sich alle negativ auf den Agrarsektor ausgewirkt haben. Auch die öffentlichen Investitionen in die Landwirtschaft waren relativ niedrig. Lediglich die Steuerpolitik und die Kreditbedingungen waren für den Agrarbereich relativ günstig.

Die ISI-Politik wirkte sich ambivalent auf den Agrarsektor aus und beeinflusste die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft auf dem Land auf ungleiche Weise. Die Kleinbauern und Landarbeiter sind die zwei Gruppen, die am wenigsten von der Regierungspolitik begünstigt wurden. So kamen zum Beispiel die Bedingungen der Kreditvergabe fast ausschließlich den Großgrundbesitzern zugute, die den Löwenanteil der subventionierten Kredite einsteckten. Die Klein- und Kleinstbauern jedoch mussten auf andere, weniger regulierte Kreditmöglichkeiten ausweichen und zahlten dafür häufig übertrieben hohe Zinsen. Auch die Steuerpolitik der Regierung begünstigte die Großgrundbesitzer weit mehr als die Kleinbauern, denn es gab keine Wohlstandssteuer und die Reichen waren geschickter in Sachen Steuerhinterziehung.

3. Die Zeit der Agrarreformen (1964-1973)

Seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts, als mehrere aufeinander folgende Reformen des Wahlgesetzes eine breitere Beteiligung der Bevölkerung an den Wahlen ermöglichte, wurde der Agrarsektor über seinen wirtschaftlichen Aspekt hinaus immer mehr auch als ein soziales und politisches Problem angesehen. Die Regierung der Christdemokraten (1964-1970) hoffte das doppelte Problem der Landwirtschaft, der wirtschaftlichen Stagnation und der sozialen Diskriminierung von Kleinbauern und Landarbeitern durch ein Programm der Kontinuität und des Wandels in den Griff zu bekommen. Die christdemokratische Regierung unter Frei (sen.) beabsichtigte, den bereits begonnenen ISI-Prozess weiterzuführen und gleichzeitig den Agrarsektor durch eine Landreform und eine Gewerkschaftspolitik zu modernisieren. Die Regierung unter Allende (1970-1973) verstand dann die Agrarfrage fast ausschließlich als ein soziales und politisches Problem und gab der Reform einen sozialistischen Charakter.

3.1 Die Zeit der christdemokratischen Regierung (1964-1970)

Das Hauptziel der Agrarpolitik der Christdemokraten bestand darin, den Großgrundbesitz produktiver zu machen, indem sie ihn in moderne kapitalistische Großbetriebe verwandelten. Die Regierung versuchte, die Großgrundbesitzer mittels einer "Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik" dazu anzuregen, wirtschaftlich arbeitende Großbauern zu werden: die Großgrundbesitzer, die es schafften ihre Betriebe zu modernisieren, konnten mit finanziellen und wirtschaftlichen Vorteilen rechnen und die, die es nicht schafften und über einer bestimmten Größe lagen (80 bewässerte Einheitshektar¹ – BEH), wurden enteignet. Darüber hinaus konnten enteignete Großgrundbesitzer unter bestimmten Umständen bis zu 80 BEH als *reserva* (Reserve) behalten. Einige Großgrundbesitzer umgingen die Enteignung, indem sie ihr Land aufteilten, sodass die Größe eines jeden Teils unter 80 BEH lag. Am Ende der Regierungszeit von Frei (sen.) 1970 war nur ein Viertel der Höfe über 80 BEH wirklich enteignet worden.

Durch die anfängliche Enteignung des Großgrundbesitzes entstand eine neue Organisationsform, das *asentamiento* (Siedlung), eine Art Landgenossenschaft. Es war als eine Übergangslösung geplant und nach einer Versuchsphase von drei bis fünf Jahren sollten die Nutznießer (*asentados*) wählen können, ob sie als genossenschaftlicher Betrieb weitermachen, das Land auf die angeschlossenen Familien aufteilen oder einen gemischten Betrieb gründen. Das *asentamiento* vermochte jedoch nicht, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zu beenden und trug sogar dazu bei, sie noch zu verschärfen. Am Ende der Regierungszeit der Christdemokraten waren erst 30.000 (6% der Gesamtzahl) von insgesamt 100.000 Landarbeitern, denen Land versprochen worden war, zu *asentados* geworden. Zu diesem Zeitpunkt gehörte ihnen insgesamt 17,6% des Bodens oder durchschnittlich 10 BEH, was schätzungsweise sechs bis neun Mal mehr Land ist als das, was ein Kleinstbauer besitzt. Dazu kommt, dass nach wie vor mehr als ein Drittel der Landarbeiter ganz ohne eigenen Landbesitz war.

Bezüglich der gewerkschaftlichen Organisation ist zu sagen, dass die Zahl der Mitglieder unter den Landarbeitern von 2.000 im Jahr 1965 in nur fünf Jahren auf über 140.000 (mehr als ein Drittel der Gesamtzahl) stieg. Die Regierung strengte sich darüber hinaus sehr an, auch die Kleinstbauern dazu

¹ Ein bewässertes Einheitshektar (BEH) ist eine Einheit für die Flächengröße von Land guter Qualität, die zum einheitlichen Messen von Land unterschiedlicher Qualität benutzt wird. So konnte zum Beispiel ein über 500 ha großer Hof mit Land von schlechter Qualität mit weniger als 80 BEH eingestuft und somit von der Enteignung befreit werden.

zu bewegen, sich zu organisieren. Aufgrund dessen stieg die Mitgliederzahl in *cooperativas* (Genossenschaften), *precooperativas* und Bauernkomitees auf ungefähr 100.000, was etwa einem Drittel der Gesamtzahl entspricht (Kay 1992: 139). Am Anfang beschränkten sich die Forderungen der Landarbeitergewerkschaften vor allem auf höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Mit der Zeit jedoch nahm die Zahl der Streiks zu, mit denen die linksgerichteten Gewerkschaften der Unzufriedenheit von denjenigen Ausdruck verleihen wollten, die von der Landreform ausgeschlossen worden waren. Während in der Vergangenheit Landarbeiterstreiks höchst ungewöhnlich waren, wurden 1968 schon 648 und zwei Jahre später 1.580 Streiks gezählt (Kay 1992: 140). Darüber hinaus begannen die Landarbeiter die *latifundios* zu besetzen, um die Enteignung des Landes zu verlangen, eine Praxis, die bis dahin vollkommen unbekannt gewesen war. Die Explosion der Landarbeiterkonflikte war die direkte Folge mehrerer Faktoren: ein toleranteres politisches Klima, die Abwesenheit gewalttätiger Repression, die erfolgreichen Organisationsanstrengungen, der Einfluss der Linksparteien sowie zumindest teilweise der Kampf der Landarbeiter selbst.

3.2 Die Zeit der Regierung der Unidad Popular (1970-1973)

Das Hauptziel der Agrarpolitik der *Unidad Popular* unter Allende bestand darin, dem Großgrundbesitz ein Ende zu bereiten und alle Großbetriebe mit mehr als 80 BEH zu enteignen, unabhängig von ihrer Wirtschaftlichkeit oder dem Grad der Modernisierung. In dieser Absicht spiegelt sich der politische Wille wider, diejenigen zu beseitigen, die nach ihren Ansichten die Hauptfeinde waren und einer Entwicklung der Gesellschaft in Richtung des Sozialismus im Wege standen, die Klasse der Großgrundbesitzer. Mittlere Bauern jedoch, die jeweils zwischen 20 und 80 BEH besaßen, wurden von der Regierung durchaus akzeptiert.

Im ersten Regierungsjahr Allendes wurden etwa 1.300 Höfe von Landarbeitern besetzt, um die Enteignung zu fördern. Zum Vergleich wurden unter Frei (sen.) weniger als 600 Farmen besetzt und ganze 1.408 Enteignungen durchgeführt. Allendes Regierung unterstützte die Besetzungen zwar nicht, war aber auch nicht dazu bereit, die Proteste der Landarbeiter zu unterdrücken und beschleunigte stattdessen den Prozess der Enteignungen. 1973 gab es keinen Großgrundbesitz mehr und der Anteil des reformierten Landes war mit 40% des Gesamtbodens der größte.

Die Entwicklung des durch die Sozialisten reformierten Bereichs stellte sich jedoch als schwieriger als erwartet heraus. Unangemessene bürokrati-

sche Vorgänge und die wachsende Unabhängigkeit der Bauern von staatlichen Eingriffen führten zu einer spontanen Expansion der bäuerlichen Wirtschaft innerhalb des reformierten Bereichs, die entgegengesetzt zur kollektiven Wirtschaft verlief. Diese Tendenz gründete sich teilweise auf das starke Verlangen der Landarbeiter nach eigenem Land, lag aber größtenteils an den unzureichenden Ressourcen und Anreizen zur Entwicklung der kollektiven Wirtschaft. Die Knappheit an Maschinerie und Werkzeugen war zum Teil eine Folge des Rechts der früheren Besitzer, diese zu verkaufen beziehungsweise zu behalten, um ihr Reserveland zu bearbeiten.

Das Problem der fehlenden Anreize stellt sich komplizierter dar. Die Bauern des reformierten Bereichs erhielten einen monatlichen Vorschuss (*anticipo*) von CORA, der für die Agrarreform zuständigen Regierungsbehörde. Dieser Vorschuss wurde am Ende des Agrarjahres von den Gewinnen abgezogen und der Nettogewinn unter den Mitgliedern der Genossenschaft verteilt, entsprechend den jeweils gearbeiteten Tagen. Fehlendes Kapital und oftmals auch mangelhafte Organisation führten jedoch dazu, dass manche Genossenschaften sich sehr hoch bei der CORA-Behörde verschuldeten. Da andererseits die Regierung sich nicht traute, eine strenge Politik der Schuldentrückzahlung durchzuführen, aus Angst, sie könnte die Unterstützung der Bauern verlieren, gingen diese dazu über, den monatlichen Vorschuss als ihr Recht anzusehen, sozusagen als einen monatlichen Lohn. Der Betrag des *anticipo* hing weder von der Anzahl der gearbeiteten Stunden oder Tage noch von der Art der geleisteten Arbeit ab. Ebenso wenig wurde hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit unterschieden, das heißt, der Vorschuss war nicht abhängig davon, ob die Genossenschaft Gewinn oder Verlust machte. Aus diesem Grund gingen die Genossenschaftler dazu über, nebenbei eigenes Land individuell zu bearbeiten und Gewinne entsprechend dem geleisteten Einsatz zu erzielen. Darüber hinaus weitete sich der Schwarzmarkt aus und gab den Bauern des reformierten Bereichs die Möglichkeit, die Produkte der Parzellen, die für ihren Eigengebrauch gedacht waren, weit über dem offiziellen Preis zu verkaufen. Andererseits weigerten sich die Mitglieder der Genossenschaften das kollektive Land aufzuteilen, dessen Produkte teilweise über offizielle Kanäle zu staatlich festgesetzten Preisen vermarktet werden mussten, da sie sonst auf die monatlichen Vorschüsse und andere staatliche Vergünstigungen hätten verzichten müssen. Außerdem hätten sie im Fall der Privatisierung ihre Schulden an CORA begleichen und das Land bezahlen müssen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Regierung unter Allende mit Erfolg sowohl den Großgrundbesitz abschaffte als auch die Organisation unter den Kleinbauern und besitzlosen Landarbeitern förderte. Die Agrarreform verlieh der Landbevölkerung zweifellos eine neue Würde und einen höheren Lebensstandard, aber bezüglich der geschlechtlichen Gleichberechtigung und der Diskriminierung der indianischen Bevölkerung blieb noch viel zu tun. Im zweiten Jahr der Regierung Allendes verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation und die politische Opposition wurde zunehmend gewalttätiger. Trotz anhaltender Unterstützung der *Unidad Popular* durch die Massen des Volkes bereitete der Militärputsch im September 1973 der Regierung Allendes ein jähes, blutiges Ende.

4. Die neoliberale Integration in die Weltwirtschaft (1973-1990)

Die Militärregierung unter General Pinochet (1973-1990) definierte die Agrarfrage vollständig im Sinn des wirtschaftlichen Neoliberalismus. Seine Strategen (die *Chicago Boys*) argumentierten, dass Chile über relativ günstige natürliche Voraussetzungen für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau verfüge und daher die Ausfuhr von Landwirtschafts- und Forstwirtschaftsprodukten eine Schlüsselrolle in der Integration Chiles in das weltweite kapitalistische System spielen sollte. Die ISI-Strategie und der Protektionismus wurden beendet und die chilenische Wirtschaft somit für den ausländischen Wettbewerb geöffnet (Hojman 1990).

In dieser Zeit des Neoliberalismus lassen sich hinsichtlich der Wirtschafts- und der Agrarpolitik zwei Phasen voneinander unterscheiden. Die erste kann als "dogmatischer Neoliberalismus" (1975-1982) bezeichnet werden und ist gekennzeichnet vom Niedergang des am Binnenmarkt orientierten Agrarsektors, während gleichzeitig der Export von Landwirtschaftsprodukten blühte. Trotz der antiinterventionistischen Haltung der Neoliberalisten ist nicht zu leugnen, dass der Erfolg der Exporte auf früheren staatlichen Maßnahmen fußte, zum Beispiel der Einrichtung von agroindustriellen und forstwirtschaftlichen Staatsunternehmen, der staatlichen Unterstützung für die Forschung und den Ausbau der Technologie in diesen Bereichen sowie der vorausgegangenen Agrarreform, die die traditionelle Struktur der Landwirtschaft aufgebrochen hatte.

Im Zuge der agrarischen Gegenreform der Militärregierung kam es zu umfangreichen Veränderungen der Besitzverhältnisse. Der Großteil des unter Frei (sen.) und Allende enteigneten Landes (1964-1973) wurde seinen früheren Besitzern zurückgegeben und der Rest wurde in *parcelas* (Parzel-

len) aufgeteilt, die an die Angehörigen des reformierten Bereichs verkauft wurden. Als Folge dieser Gegenreform besaßen die zurückgekehrten Großgrundbesitzer mit mehr als 80 BEH im Jahr 1986 erneut 26% des Landes und der Anteil der Besitzer in der Größenordnung von 5 bis 20 BEH verdoppelte sich von 12,8 auf 26%, da zu ihnen auch die neuen *parceleros* (Besitzer einer Parzelle) zählten (Jarvis 1992: 199). Ein Großteil der Nutznießer der früheren Agrarreform mussten jedoch auf jeden Landbesitz verzichten und mehr als die Hälfte der *parceleros* verkaufte ihr Land später, da die Bewirtschaftung nicht länger rentabel war (Echenique/Rolando 1991). Auch viele der Großgrundbesitzer, die ihr Land zurückerhalten hatten, verkauften einen Teil oder sogar das gesamte Land. Dadurch wuchs der Markt für Anbauland und die Agrarstruktur wurde flexibler und wettbewerbsfähiger, was der neoliberalen Denkweise entspricht.

Während die expandierenden Bereiche der Obst- und Holzexporte absolute Priorität erhielten, die dazu im Fall der Forstwirtschaft stark subventioniert wurden, wurden die so genannten traditionellen Anbauprodukte (besonders Getreide, Mais, Kartoffeln, Zuckerrüben und Bohnen) ebenso wie die Viehzucht völlig vernachlässigt. Die Nachfrage nach diesen Produkten auf dem Binnenmarkt ging in der Folgezeit als Konsequenz des Lohnverfalls und der stark steigenden Arbeitslosigkeit zurück. Gleichzeitig waren diese Bereiche der starken internationalen Konkurrenz durch Billigimporte ausgesetzt, die zudem oft in den exportierenden Ländern (Nordamerika, EU) staatliche Subventionen erhielten. Viele Groß- und Kleinbauern gingen daraufhin Bankrott.

Die zweite der unterschiedenen Phasen begann mit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 1982/83, die die Regierung dazu veranlasste, einen "pragmatischeren" Neoliberalismus zu praktizieren. Die bisherige Vernachlässigung der traditionellen Anbauprodukte und der Viehzucht wurde berichtigt. Der Bereich des Lebensmittelanbaus erholte sich teilweise und die Erträge verbesserten sich deutlich. Die neue Politik zielte auf eine eher graduelle Veränderung der Produktionsstätten in Form von Anregungen zur Modernisierung der kapitalistischen Landwirtschaftsgroßbetriebe und in geringerem Ausmaß auch derjenigen Kleinbetriebe, die für "lebensfähig" gehalten wurden. Die Einführung von Handelsschranken und Maßnahmen zur Preiskontrolle und Marketingunterstützung schufen einen gewissen Grad an Protektionismus für die Weizenbauern und Viehzüchter (Palma 1995). Das Ziel bestand darin, durch Verbesserung der Erträge die Wettbewerbsfähigkeit im Bereich des Nahrungsmittelanbaus zu erhöhen. Neu eingeführte Programme

zur technischen Hilfestellung ließen eine veränderte Einstellung der Regierung zumindest gegenüber den besser gestellten Bauern erkennen. Es waren jedoch erneut vor allem die kapitalistischen Großgrundbesitzer, die sich im großen Rahmen der Technologien dieser "grünen Revolution" bedienen konnten. Die Kleinbauern verfügten im Allgemeinen weder über die technischen noch die finanziellen Mittel, um eine Ertragsverbesserung zu erzielen. Auf diese Weise belebten die protektionistischen Maßnahmen, wenn auch nur begrenzt, zusammen mit der Erholung der einheimischen Wirtschaft den Bereich der kapitalistischen Großbauern, die sich dem Anbau und der Viehzucht widmeten, und ermöglichten so seine Modernisierung und sein Überleben.

Die neoliberale Umstrukturierung der chilenischen Landwirtschaft veränderte auf drastische Weise die Zusammensetzung der Landarbeiterschaft. In den frühen siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts waren zwei Drittel der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft fest angestellt und ein Drittel musste sich mit Gelegenheitsarbeit begnügen. Gegen Ende der achtziger Jahre hatte sich dieses Verhältnis umgekehrt. Gegenwärtig wird geschätzt, dass 60% der Zeitarbeiter im Obstanbau für den Export beschäftigt sind (Barrientos et al. 1999). Auch die geschlechtliche Zusammensetzung der Landarbeiterschaft hat sich verändert: Der männliche Anteil ist von 1986 bis 1994 um ein Fünftel zurückgegangen, während der Anteil der Frauen um über ein Fünftel gestiegen ist. Früher waren die Möglichkeiten für Frauen, als Lohnarbeiterinnen in der Landwirtschaft zu arbeiten, äußerst gering, aber durch die Einführung des Anbaus nicht traditioneller Exportprodukte sind sie viel größer geworden (Lago 1992). Heutzutage wird geschätzt, dass zwischen 52 und 70% der Zeitarbeiter im Obstanbau Frauen sind. Diese *temporeras* repräsentieren eine neue Form der Landarbeit, die in der raschen Expansion des Obstexports eine tragende Rolle gespielt hat. Während der Großteil der Festangestellten im Obstanbau Männer sind, liegt der Anteil der Frauen an der Gesamtarbeiterschaft über 45%, da die wenigsten Arbeitsplätze feste Anstellungen vorsehen (Barrientos et al. 1999).

Eine weitere bedeutende Veränderung ist der wachsende Anteil von städtischen Arbeitern an der Lohnarbeit in der Landwirtschaft. Etwa 20-30% der Landarbeiterschaft wohnt zur Zeit in städtischen Gebieten. Dieser Prozentsatz steigt in bestimmten Regionen zur Zeit der Obsternte bis auf 50% an. Es zeigt sich also, dass das neoliberale Modell des Landwirtschaftsexports zu einer Tendenz fort von der Festarbeit hin zur Saisonarbeit, von männlicher

zu weiblicher Beschäftigung sowie zur "Verstädterung" der Landarbeit geführt hat.

5. Produktive Veränderung mit einer sozialen Komponente ab 1990

Seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1990 hat die Agrarfrage ihre soziale Komponente zurückgewonnen. Die neuen demokratischen Regierungen versuchten einige der sozialen und politischen Rechte, die die Kleinstbauern und Landarbeiter in der Zeit der Agrarreform zugesprochen bekommen hatten, wieder einzuführen, ohne jedoch die Diskussion um eine Landreform erneut zu eröffnen. Die Agrarpolitik, die zunächst von Präsident Aylwin und seit 1994 von seinem Nachfolger Frei (jun.) verfolgt wurde, kann auf verschiedene Art und Weise beschrieben werden, als "Kontinuität und Wandel", "produktive Veränderung mit (etwas) Gerechtigkeit" oder "Neoliberalismus mit menschlichem Gesicht" (Hojman 1993).

Es sind zumindest drei Faktoren der Kontinuität zur Diktatur zu finden: erstens die Beibehaltung der makroökonomischen Politik des Gleichgewichts und der Stabilität, die sogar erweitert wurde, um die Einwilligung – oder sogar die Unterstützung – der kapitalistischen Klasse zu erreichen und noch mehr Investitionen aus dem Ausland anzulocken; zweitens die Besorgnis um die Garantie der Fortführung der Obst- und Holzexporte, die dazu führt, dass die Koalitionsregierungen der *Concertación* sich dagegen sträubten, die gewerkschaftliche Organisation der Saisonarbeiter zu legalisieren oder andere wirtschaftliche und soziale Initiativen durchzuführen, die den Obst- und Holzexport beeinträchtigen könnten; und drittens die Beibehaltung und Vertiefung der Bemühungen, Chile an die internationalen Märkte anzuschließen. Dazu gehört die Annäherung an den *Mercosur*, den gemeinsamen Markt des südlichen Südamerikas (bestehend aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay), und zukünftig möglicherweise auch die Mitgliedschaft in der NAFTA, dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen, wodurch der Druck der Wettbewerbsfähigkeit auf die chilenische Landwirtschaft noch zusätzlich erhöht wird.

Die Unterschiede zwischen der Agrarpolitik der demokratischen Regierung und des Militärregimes liegen vor allem im demokratischem Hintergrund, vor dem zur Zeit die neue Landwirtschaftspolitik gestaltet und ausgeführt wird. Obwohl der Weg noch lang ist, bis dieser demokratische Hintergrund gefestigt sein wird, ist der politische Bruch mit der autoritären Vergangenheit nicht zu leugnen. Die Regierungen der *Concertación* haben sich bisher vor allem mit Themen wie sozialer Gerechtigkeit, Kampf gegen

die Armut, Dezentralisierung der Verwaltung und Ausweitung der Errungenschaften der chilenischen Wirtschaft auf die Gemeinschaft der Bauern und der kleinen Produktionsbetriebe beschäftigt. Besonders in letzterem Punkt sind die Regierungen relativ erfolgreich gewesen, aber dennoch sind nach wie vor weitere Gesetzänderungen und drastischere Initiativen nötig, um die hartnäckigeren Probleme der Armut, Diskriminierung und Nachhaltigkeit in den Griff zu bekommen.

5.1 Veränderungen der Bodennutzung und der Erträge (1983-1998)

Hinsichtlich der Veränderungen in der Landwirtschaftsproduktion ist zu beobachten, dass in der Zeit der ISI-Politik von den dreißiger bis Anfang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts die Erträge eher spärlich waren. Nach 1973 führte die neoliberale Politik zu bedeutenden Anreizen für den Export und begünstigte das schnelle Anwachsen der Obst- und Holzproduktion. Gleichzeitig wurde die Binnennachfrage nach Lebensmitteln durch die negativen Auswirkungen des Neoliberalismus auf die Beschäftigung und das Lohnniveau reduziert, bis die einheimische Nahrungsmittelproduktion während der Wirtschaftskrise 1982/83 schließlich ihr niedrigstes Niveau erreichte, und die Anbaufläche auf ein Rekordminimum sank (Gómez/Echenique 1988: 289).

Wie bereits erwähnt, begann die Lage der traditionellen Anbauprodukte sich erst mit der Einführung von vorsichtigen protektionistischen Maßnahmen zu bessern, die die Bauern dazu ermutigten, die Erträge zu erhöhen und ausgefeiltere Organisationsmethoden anzuwenden. Mit der Ausnahme von Mais und Zuckerrüben blieben die Erträge in der Zeit von 1968 bzw. 1972 bis in die frühen achtziger noch relativ niedrig, verbesserten sich aber später deutlich. Die Weizen-, Mais- und Kartoffelerträge verdoppelten sich in der Zeit von 1980 bzw. 1982 bis 1992 bzw. 1995, wobei diese drei Pflanzen etwa zwei Drittel der gesamten Anbaufläche bedecken. Auch wenn im letzten Jahrzehnt die Fläche für traditionelle Anbauprodukte kontinuierlich kleiner geworden ist, ist die Produktionsmenge doch aufgrund stark erhöhter Hektarerträge konstant geblieben. Diese erstaunliche Leistung wird häufig von den von den Exportprodukten errungenen Erfolgen in den Schatten gestellt.

Äußerst bemerkenswert ist der Anstieg des Exportvolumens im Bereich der Obst- und Holzproduktion. Während diese Gruppe Mitte der siebziger Jahre nicht mehr als 2% des Gesamtexports ausmachte, ist ihr Anteil in den folgenden 20 Jahren auf erstaunliche 28% gestiegen und übertrifft damit bei

weitem das Niveau, das diese Exporte während der früheren nach außen orientierten Phase in der Zeit von 1850 bis 1930 gehalten hatten. Der Anstieg der Land- und Forstwirtschaftsexporte ist besonders bemerkenswert, wenn bedacht wird, dass der gesamte Agrarsektor zur Zeit nur 6% des Bruttoinlandsprodukts ausmacht und lediglich 14% der Arbeitskräfte beschäftigt. Von 1973 bis 1989 verzwanzigfachte sich das Ausfuhrvolumen der Land- und Forstwirtschaft, es wuchs von 1990 bis 1996 jährlich um durchschnittlich 14,5%. In den Jahren von 1986 bis 1996 betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate sogar 16,9%, weit über den ebenfalls beachtlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts mit 7,0% und der Landwirtschaft mit 5,9% jährlich (ODEPA 1994; 1999).² Die Dynamik des Exports wirkte sich anregend auf die Landwirtschaftsproduktion aus und brachte große Veränderungen der Produktionsstruktur der Landwirtschaft mit sich.

Überraschend ist, dass die vom Militärregime initiierten Veränderungen der Struktur der Bodennutzung von den Regierungen der *Concertación* nicht nur weitergeführt, sondern sogar erweitert wurden. Der Grund hierfür lag größtenteils in der anhaltenden Liberalisierung, die weitere Veränderungen der Differenzen zwischen den verschiedenen Formen der Bodennutzung hinsichtlich der Ertragfähigkeit mit sich brachten. Die Bauern reagieren zweifellos mit immer mehr Geschick auf die Veränderungen der einheimischen und internationalen Marktbedingungen, indem sie ihre Produktionsmuster anpassten, die Erträge erhöhten und so wettbewerbsfähig blieben. Die Gesamtanbaufläche in Chile ist von 1986/87 bis 1995/96 um erstaunliche 18,5% zurückgegangen, was in erster Linie eine Folge des Rückgangs bei den traditionellen Anbauprodukten ist (ODEPA 1994; 1999). Gleichzeitig nahm jedoch die Obst- und Weinanbaufläche von 1986/87 bis 1997/98 um 32,6% zu und die Fläche, die für Gartenbau und Blumenzucht genutzt wird, um 26,4% im selben Zeitraum (ebd.). Eine weitere bedeutende Veränderung war die Verbesserung der Weiden, die dazu führte, dass sich die Vieh- und Milchindustrie erholen konnte.

5.2 Neue politische Initiativen für den kleinbäuerlichen Bereich

Eine der entschiedensten neuen Initiativen der Regierungen der *Concertación* besteht in dem Versuch, die Landwirtschaft im Bereich der Kleinbauern zu modernisieren und damit auch gleichzeitig deren Lebensstandard zu er-

² 1997 fiel die Agrarproduktion um 2,1% aufgrund extremer klimatischer Bedingungen, aber das Bruttoinlandsprodukt stieg weiter um gesunde 7,1% (ODEPA 1999).

höhen und ihr Überleben zu sichern. Die Maßnahmen in diese Richtung firmierten unter dem Namen der "produktiven Umstellung". Diese Umstellung besteht in der Veränderung der traditionellen Produktionsstruktur dieser Bauern in Richtung der einträglicheren und dynamischeren Exportmärkte, das heißt, in Richtung Obstanbau, Gartenbau, Blumenzucht und Forstwirtschaft.

Eine solche Umstellung bringt jedoch für die Bauern spezifische Schwierigkeiten mit sich, da sie über geringere finanzielle, technische und unternehmerische Ressourcen verfügen. Darüber hinaus sind die Kleinbauern aus Gründen der Sicherstellung der Selbstversorgung abhängig von der Subsistenzproduktion und sie können es sich kaum leisten, sich zu sehr auf bestimmte Produkte zu spezialisieren oder sich ausschließlich am Markt zu orientieren. Viele der Umstellungsprojekte der Regierung werden daher begleitet von technischer Hilfestellung sowie Kredit- und Marketingberatung. Ferner beabsichtigt die Regierung, die Kleinbauern in ein Subventionsprogramm zur Aufforstung einzuschließen, das bisher vor allem den kapitalistischen Großbauern und Holzgesellschaften zugute gekommen war. Ebenso ist von der Regierung ein Bewässerungsprogramm konzipiert worden, das in Gebieten mit wenigen oder unregelmäßigen Niederschlägen von entscheidender Bedeutung ist. Um die Umstellung voranzutreiben, fördert die Regierung die Zusammenarbeit der Kleinbauern mit der Agroindustrie und hat Projekte in Gang gesetzt, die den Anbau von nicht traditionellen Exportprodukten, wie z.B. Blumen, stimulieren sollen. Andere Umstellungsprojekte zielen speziell auf die Erhöhung der Produktivität von Frauen unter der Landbevölkerung sowie der indianischen Bauern.

6. Offene Probleme

Die Löhne der Landarbeiter sind in den letzten zehn Jahren gestiegen und die ländliche Arbeitslosigkeit hat abgenommen, aber noch immer ist die Armut unter der Landbevölkerung weit verbreitet. Immerhin ist der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung von 1987 bis 1994 von 52% auf 32% zurückgegangen. Ebenso sank die Quote der extremen Armut von 1987 bis 1992 von 21% auf nur noch 10%, stieg danach jedoch wieder leicht an (Calderón 1996). Auch der Rückgang der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung war in diesen letzten zwei Jahren von 1992 bis 1994 wieder stark gebremst und fiel nur noch sehr geringfügig von 34% auf 32%. Aus diesen Zahlen lässt sich schließen, dass nach einer gewissen Zeit ein schnelles Wirtschaftswachstum nicht mehr länger in der Lage ist, die Armut

zu reduzieren, speziell in extremen Fällen und trotz der Durchführung von besonderen Programmen zur Bekämpfung der Armut. Genauso Besorgnis erregend ist, dass das Durchschnittseinkommen der Kleinbauern und das der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft stagniert – mit Ausnahme der zehn Prozent der Spitzenverdiener, die über besondere Kenntnisse verfügen und deren Einkommen zugenommen hat. Andererseits konnte wenigstens die Versorgung der Landbevölkerung mit Bildung, Gesundheit, Wohnungen, Wasser und Elektrizität verbessert werden.

Die Bauernorganisationen sind nach wie vor äußerst schwach und verfügen nur über wenige Mitglieder und noch weniger Einfluss auf die Regierungspolitik und die Arbeitgeber. Die Regierung ist nicht in der Lage gewesen, im Kongress eine neue Arbeitsgesetzgebung durchzusetzen, um die von der Diktatur geerbten Einschränkungen aufzuheben und die Organisation und den Machtzuwachs der Bauern und Landarbeiter zu erleichtern.

Dem Agrarsektor stehen ungewisse Jahre bevor, denn die "Phase des leichten Landwirtschaftsexports" zeigt die ersten Anzeichen der Erschöpfung und der ausländische Druck auf die einheimischen Produzenten nimmt zu, sowohl für die Binnenmarkt- als auch für die Exportproduktion. Die Wahrscheinlichkeit, dass auf die Kleinbauern große Schwierigkeiten zukommen werden, wächst, und es besteht die Gefahr, dass viele ihre Tätigkeit aufgeben werden. In diesem Sinn kann die Umstellung der Kleinbauern nicht als Allheilmittel angesehen werden. Nichtsdestotrotz könnte ein angemessen finanziertes und gefördertes Umstellungsprogramm zu einem wichtigen Schritt werden, um wenigstens die Zukunft eines Teils der Kleinbauernschaft sicherzustellen.

Auch der Umweltschutz ist ein Thema, das Anlass zur Sorge gibt. Die anhaltend hohen Wachstumsraten der chilenischen Wirtschaft seit Mitte der achtziger Jahre sind größtenteils auf Kosten der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes erreicht worden. Chile hat es verstanden, den Reichtum an Mineralen und Fischgründen sowie die für den Obstanbau und die Forstwirtschaft günstigen klimatischen Verhältnisse ausgiebig zu nutzen. Es wurde jedoch nur ein geringer Mehrwert geschaffen, die Rohstoffvorkommen sind teilweise erschöpft und die Umweltkosten hoch gewesen. So hat zum Beispiel der Holzexport dazu geführt, dass ein Großteil des einheimischen Waldes verschwunden ist. Dazu kommt, dass die Verarbeitungsprozesse praktisch unbedeutend sind, da das Holz größtenteils als Zellulose oder Holzspäne verkauft wird. Die Verarbeitungsfabriken für Zellulose und Obst und die Fischzuchtanstalten haben die Flüsse und Seen verschmutzt, und der

Plantagenanbau hat aufgrund der Verwendung von schädlichen Pestiziden die Gesundheit der Arbeiter im Obstanbau zerstört (Quiroga 1996). Manche Forscher und Umweltaktivisten stellen daher immer häufiger die Nachhaltigkeit des auf Export beruhenden Wachstumsmodells in Frage.

Chile ist zwar für viele Länder zu einem Modellfall geworden und die erreichten Leistungen sind zweifellos bemerkenswert, aber die angesprochenen Probleme verlangen nach Lösungen, die nur über eine Vertiefung der Demokratisierungsprozesse und einen Orientierungswandel hinsichtlich der Entwicklungsstrategie in Richtung auf mehr Gleichheit und mehr Umweltverträglichkeit erreicht werden können.

Literaturverzeichnis

- Barrientos, Stephanie/Bee, Anna/Matear, Ann/Vogel, Isabel (1999): *Women and Agribusiness: Working Miracles in the Chilean Fruit Export Sector*. London.
- Bauer, Arnold (1975): *Chilean Rural Society from the Spanish Conquest to 1930*. Cambridge.
- Calderón, Carlos (1996): "Pobreza, inequidad y políticas públicas en el sector rural chileno". Paper presented to the ISS-GIA Refresher Course on *Rural Development, Poverty and Environment in the Post-Adjustment Era*, 28. Okt. bis 8. Nov., Santiago.
- CIDA (1966): Chile: tenencia de la tierra y desarrollo socio-económico del sector agrícola, Santiago.
- Echenique, Jorge/ Rolando, Nelson (1991): *Tierras de parceleros ¿dónde están?*. Santiago.
- Gómez, Sergio/Echenique, Jorge (1988): *La agricultura chilena: las dos caras de la modernización*. Santiago.
- Hojman, David E. (Hrsg.) (1990): *Neo-Liberal Agriculture in Rural Chile*. London.
- (1993): *Change in the Chilean Countryside: From Pinochet to Aylwin and Beyond*. London.
- Hurtado, Carlos (1966): *Concentración de la población y desarrollo económico: el caso chileno*. Santiago.
- Jarvis, Lovell S. (1992): "The Unravelling of the Agrarian Reform". In: Kay, Cristóbal/Silva, Patricio (Hrsg.): *Development and Social Change in the Chilean Countryside*. Amsterdam, S. 189-213.
- Kay, Cristóbal (1977): "The Development of the Chilean Hacienda System, 1850-1973". In: Duncan, Kenneth/Rutledge, Ian (Hrsg.): *Land and Labour in Latin America*. Cambridge, S. 103-139.
- (1992): "Agrarian Reform and the Class Struggle". In: Kay, Cristóbal/Silva, Patricio (Hrsg.): *Development and Social Change in the Chilean Countryside*. Amsterdam, S. 129-151.
- Kay, Cristóbal/Silva, Patricio (Hrsg.) (1992): *Development and Social Change in the Chilean Countryside*. Amsterdam.

- Lago, María Soledad (1992): "Rural Women and the Neo-liberal Model". In: Kay, Cristóbal/Silva, Patricio (Hrsg.): *Development and Social Change in the Chilean Countryside*. Amsterdam, S. 263-274.
- Mamalakis, Markos (1976): *The Growth and Structure of the Chilean Economy*. New Haven.
- Muñoz, Oscar (1971): *Crecimiento industrial de Chile 1914-1965*. Santiago.
- ODEPA (1994): *Banco básico estadístico: indicadores macro-silvoagropecuarios*. Santiago.
- (1999): <<http://www.minagri.gob.cl/minagri/cuadros/cuagif/tabla001.html>>; and <[tabla007.html](#)>; and <[tabla022.html](#)> (vom 5.1.1999).
- Ortega, Emiliano (1994): "El momento actual en la agricultura". In: *Temporada Agrícola*. Nr. 4, S. 1-36.
- Palma, Cristián (1995): "Structural Adjustment and Agricultural Performance: The Chilean Case". In: Weeks, John (Hrsg.): *Structural Adjustment and the Agricultural Sector in Latin America and the Caribbean*. London, S. 177-204.
- Quiroga, Rayén (1996): *The Tiger Without a Jungle: Environmental Consequences of the Economic Transformation of Chile*. Santiago.
- Valdés, Alberto (1973): "Trade Policy and its Effect on the External Agricultural Trade of Chile 1945-1965". In: *American Journal of Agricultural Economics*, Bd. 55, Nr. 2, S. 154-164.